

517 Rp

GEDANKEN SALAZARS

# INVASION UND BESETZUNG GOAS DURCH DIE INDISCHE UNION

*REDE SEINER EXZELLENZ, DES MINISTERPRÄSIDENTEN,  
PROF. DOKTOR OLIVEIRA SALAZAR,  
AUF DER SITZUNG DER NATIONALVERSAMMLUNG AM  
3. JANUAR 1962*

SECRETARIADO NACIONAL DA INFORMAÇÃO  
LISSABON • 1962

1234

-Rp



517 Rp  
BIBLIOTECA  
MINISTÉRIO DA COMUNICAÇÃO SOCIAL

GEDANKEN SALAZARS

# INVASION UND BESETZUNG GOAS DURCH DIE INDISCHE UNION

*REDE SEINER EXZELLENZ, DES MINISTERPRÄSIDENTEN,  
PROF. DOKTOR OLIVEIRA SALAZAR,  
AUF DER SITZUNG DER NATIONALVERSAMMLUNG AM  
3. JANUAR 1962*

SECRETARIADO NACIONAL DA INFORMAÇÃO  
LISSABON • 1962



S. U. F.  
1234

GEDANKEN SALAZARS

INVASION UND BESETZUNG GOAS  
DURCH DIE INDISCHE UNION

REDE SEITEN ERZELEN DES MINISTERPRASIDENTEN  
PROF. DR. OSCAR GONCALVES SALAZAR  
AUF DER SITZUNG DER KAMMER DER ABGEORDNETEN AM  
2. JANUAR 1962

SECRETARIADO NACIONAL DA INFORMACAO  
LISBOA • 1962



Herr Vorsitzender der Nationalversammlung!  
Meine Herren Abgeordneten!

Ich pflege nicht für die Geschichte zu schreiben, und bedaure, dass ich es heute tun muss, aber die Nation ist vollauf berechtigt, zu erfahren, wie und weshalb sie Portugiesisch-Indiens verlustig ging. Goa, das seit 450 Jahren portugiesisch und nun von der Indischen Union besetzt ist, bedeutet einen der grössten Unglücksfälle unserer Geschichte und einen schweren Schlag für das moralische Leben der Nation. Für diese zählte Portugiesisch-Indien, bar jedes fühlbaren Niederschlags in der portugiesischen Wirtschaft oder politischen Macht, hauptsächlich als Markstein eines der grössten Ereignisse der Weltgeschichte und der Verbindung des Orients mit dem abendländischen Leben. Ihn der Obhut eines kleinen Landes überlassen, welches unter riesigen Opfern Urheber der grossen Entdeckungen war, sollte Ehrensache aller zivilisierten Nationen und derjenigen sein, denen die portugiesische Tat in der Welt zugute kam. Dass diese Auffassung mit der eines reinen Ausdehnungsdranges zusammengestossen ist, ist ein weiterer — und diesmal schlagender — Beweis in unserer Zeit für die Dekadenz der Rechtmässigkeit und die

Entwertung der moralischen Wert. Diese Erklärung ist jedoch für die Portugiesen nicht befriedigend, welche vergessen haben können, dass die Indische Union historischen, juristischen oder einfach menschlichen Gründen nicht zugänglich ist, welche jedoch auf Einflüsse vertrauten, die sich im Zusammenspiel der Weltpolitik wirksam den ehrgeizigen Absichten entgegenstellen könnten, denen Goa zum Opfer fiel. Wir müssen daher bei der Untersuchung der Frage tiefer schürfen und mit einer gewissen Ausführlichkeit erklären, wie das alles möglich war.

## I

Man kann sagen, dass der Fall Goa mit dem Augenblick entstand, in dem die Indische Union unabhängig wurde. Trotzdem das Indische Imperium in verschiedene Staaten auseinandergefallen war, begann die Indische Union, die sich sehr widerwillig mit der Aufspaltung abfinden musste, sich selbst als die wahre Nachfolgerin Englands und im Grunde als den Staat zu betrachten, der später oder früher die anderen Staaten Hindustans zusammenschweissen würde. Indische Union, Indien, Hindustan sind Begriffe, die im Geiste der leitenden Männer in Neu-Delhi, Geographie und politischen Ehrgeiz vermengend, das Gleiche zu bedeuten begannen.

In diesem Sinne und unter Ausnutzung der Verwirrung der ersten Jahre leistete die Indische Union eine weitgehende Vereinigungsarbeit vermittels Abkommen, Druckmittel und Eroberungen, und verbleibt im Besitz anderer Gebiete, wie Kaschmirs, selbst gegen die wiederholten Abstimmungen und die formale Verurteilung durch die Vereinten Nationen. Der Premierminister der Indischen Union, Pundit Nehru, ist der oberste Vertreter dieser imperialistischen Idee, an der alle anderen zerschellen, die er auch zu vertreten behauptet — Pazifismus, Gewaltlosigkeit, gute Nachbarschaft. Ihn stört weder der Widerspruch im Denken, noch der im Handeln, den übri-



gens einige wohlwollenderweise den Veränderungen der öffentlichen Meinung zuschreiben. Er missbraucht die Unlogik, oder zumindest ist seine Logik verschieden von der unsrigen. Die in London verbrachten Jahre mögen ihm Züge europäischer Kultur zugänglich gemacht haben, aber sie rührten nicht an seiner ursprünglichen Ausbildung. Auf der Suche nach etwas, das als Garantie für die mehr als heikle politische Einheit das Gemisch von Völkern und Rassen festigen könnte, die den Subkontinent bewohnen, glaubt er es in dem Hindu-Substrat zu finden. Und wie seltsam es auch dem scheinen mag, der seine Predigten anhört, so ist der Premierminister der Indischen Union im Grunde voll von Rassenvorurteilen und gegen die westliche Kultur; ein Pazifist in der Theorie, aber ein Aggressor in der Praxis. Und das nicht nur in Asien. Angesichts der Schwierigkeiten infolge der Überbevölkerung und des Elends blickt er auch nach Afrika, dem wenig bevölkerten Afrika, wo er hofft, dass der Inder den Platz des Weissen wird einnehmen können.

Wer diese Bezugspunkte nicht klar vor Augen hat, wird das indische Vorgehen nicht verstehen, das man in nicht allzu fernen Jahren in jenen Teilen der Welt wird beobachten können, noch wird er verstehen, was in Goa vorgefallen ist.

Portugiesisch-Indien wurde immer, wie es nicht anders sein konnte, von den Engländern als unter der Landeshoheit Portugals stehend respektiert. Die Einverleibung dieser winzigen Gebiete war für eine Nation uninteressant und unzulässig, die, wie England, zwei Jahrhunderte nach uns dorthingekommen war; aber mit den Emporkömmlingen der Macht sollte es anders sein; der Mechanismus der Vereinigung sollte auch weiterhin funktionieren, und dies selbst zum Schaden der Oberhoheiten, die nie zum britischen Imperium gehört haben.

Der Fall Goa nahm in der Politik und in den Reden des Premierministers immer neue Formen an: Es begann mit der Forderung einer übrigens bereits bestehenden, weitreichenden

Autonomie, ging dann zur Unabhängigkeit über und endete mit der Annexion, dem zu erreichenden Ziel. Bei diesem Vorgang zeigte sich die Indische Union bald als Treuhänderin des Rechtes auf Protektion gleicher oder verwandter ethnischer Gruppen, wo immer sie lebten, bald als vom Ideal des antikolonialistischen Kampfes zur Befreiung der unterdrückten Völker durchglühte Grossmacht. Trotz der Beharrlichkeit, mit der die Kampagne gegen Portugal in Goa oder gegen Portugiesisch-Goa geführt wurde, gelang es den Indern nicht, die Welt zu überzeugen, dass sie recht hätten; und noch viel weniger konnten sie beweisen, dass wir es nicht hätten.

Unserer Meinung nach können die Entdeckung des Gebietes, die Abkommen mit den Lokalbehörden, der unangefochtene jahrhundertelange Besitz, der Frieden, der geistige Zusammenhalt und der Fortschritt der Völker als Begründung der Rechtmässigkeit der Oberherrschaft in der westlichen Welt nicht widerlegt werden. Aber im Gegensatz zu dem, was man bei uns darüber denkt, waren das Alter dieser Rechte und die ununterbrochene Ausübung der Macht für die Indische Union nur ein Grund mehr, um zerstört zu werden und nicht, um erhalten zu bleiben.

Die gegen die portugiesische Verwaltung und den Mangel an Freiheit in Goa vorgebrachten Anschuldigungen und die angeblichen Wünsche der Goesen, sich von dem gemeinsamen Vaterland abzulösen, und die herabsetzende Bezeichnung Kolonialismus standen in einem derartigen Gegensatz zur Evidenz, dass sie nicht lange würden ernsthaft aufrecht erhalten werden können und allgemein als reine Waffe politischer Propaganda betrachtet wurden. Die Tatsache, dass alle Goesen seit jeher vollberechtigte portugiesische Staatsbürger sind, dass sie ihr gesetzgebendes Kollegium besitzen, seit 1822 in der Abgeordnetenversammlung vertreten sind, zu den höchsten Stellen in der Bürokratie und in der Regierung der Nation aufsteigen, ihren Beruf in allen portugiesischen Gebieten in Europa und Über-



see ausüben können, all das zerstört vollkommen die Beschuldigung, dass Portugiesisch-Indien unter der Maske einer Provinz nichts als eine Kolonie sei. Und die Goesen konnten noch weniger als die anderen überzeugt werden.

Nachdem diplomatische Beziehungen zwischen der Indischen Union und Portugal hergestellt worden waren, wurde der Regierung im Februar 1950 ein Vorschlag zu sofortigen Verhandlungen über die Zukunft Goas, oder besser, über die Festlegung der Bedingungen vorgelegt, unter denen Portugiesisch-Indien in die Indische Union eingegliedert werden sollte. Wir konnten nicht, ohne uns selbst zu verneinen und ohne die Unseren zu verraten, über die Abtretung nationaler Gebiete verhandeln, noch über die Überführung der dieselben bewohnenden Bevölkerung in fremde Oberhoheit. Rechtlich konnten wir nur über die Lösung der vielfachen Probleme verhandeln, die im Zusammenleben von Nachbarstaaten auftauchen. Wir behielten von Anfang bis Ende diese Haltung bei, aber die einzige Verhandlung, an der die Indische Union interessiert war und die sie verstand, war nicht diese, und diejenige, die sie vorschlug, war eine Verhandlung, die keinen für uns möglichen Gegenstand enthielt.

Auf dieser unserer Haltung beruht die Reihe von Vorkehrungen, die von der Indischen Union gegen Goa und die Goesen getroffen wurden, um sie zu überzeugen oder um sie zu beherrschen. Es ist eine endlose Liste von Gewalttätigkeiten gegen die Personen und die Güter, die Überzeugungen und das Leben, welche in zivilisierten Ländern aus dem Kriegszustand entstehen, und die man in der Indischen Union offiziell als Manifestationen einer pazifistischen Politik betrachtete. Ich werde sie jetzt nicht aufzählen, es wäre unmöglich. Ich werde nur sagen, dass die portugiesische Stellung bei allen diesen Vorfällen die war, auf die Herausforderungen nicht zu antworten und zu versuchen, der Schwierigkeiten Herr zu werden, die man uns bereitete. Das Verbot des Personen- und Waren-

verkehrs zu Lande und zu Wasser, die Unterbrechung der Eisenbahnlinie und der Verkehrsverbindungen, die Schliessung der Häfen, das Einfrieren der Bankguthaben, das Verbot der Kapitalsüberweisungen, die Provokationen der Sathyagrahis, die Angriffe auf die Grenzposten unter dem Schutz der indischen Behörden, die Terroristenattentate und die Umtriebe subversiver Agenten im Inneren Goas bezweckten, das Leben unsicher oder unmöglich zu machen und die Verantwortung für das Leiden der Bevölkerung auf Portugal zurückfallen zu lassen. Aber die Indische Union, der es gelungen war, die französischen Niederlassungen zu ersticken, vergass die Umstände, die es uns mit ein wenig Erfindungsgabe, gutem Willen und einigen Hilfsmitteln erlauben würden, die Schwierigkeiten zu überwinden: Es war das weite Meer vor Goa, Damão und Dio; es war der Luftraum, der ohne missbräuchliche Verletzung nicht gestört werden konnte.

Mit diesen Elementen wurde ein neues Leben in Portugiesisch-Indien geschaffen: Die Verbindungen mit Portugiesisch-Afrika, mit dem Mutterland und dem Rest der Welt wurden verstärkt, die Landwirtschaft und die Förderung in den Bergwerken wurde entwickelt; der Hafen von Mormugão wurde in einer Weise ausgestattet, wie vielleicht nicht viele andere in Asien, und in der Indischen Union bestimmt nicht anzutreffen sind; die Ausfuhr wurde gesteigert, die Eisenbahn hörte auf, ein Verlustunternehmen zu sein — und Goa konnte atmen und leben, als ob die Indische Union nicht existierte und ihre Feindseligkeit nicht auf den Grenzen lasten liesse.

Die aufeinanderfolgenden Fehlschläge der indischen Politik angesichts der festen Entschlossenheit, welche mit Würde alle Schläge aufzufangen und alle Wunden zu heilen vermochte, brachte die Inspiratoren des Premierministers zur Verzweiflung, der inzwischen das Ablenkungsmanöver Dadrá und Nagar Aveli zuliess. Dort war die Stellung der Indischen Union günstiger und die Goas ungünstiger: Die Gebiete waren rings



von feindlichem Gebiet umgebene Enklaven, und die indische Regierung erlaubte, immer unter der laut verkündeten Achtung vor der Legalität und dem Frieden, keine weitere Verbindungen mehr. Sie erlaubte sie auch nicht, nachdem der Internationale Gerichtshof in Den Haag, dessen Urteil die Indische Union sich nicht entziehen konnte, im Spruch vom 12. April 1960 die Rechte Portugals anerkannt hatte. Um den völligen Mangel an Achtung vor der portugiesischen Oberhoheit und dem Ausspruch des höchsten internationalen Gerichtshofes zu besiegeln, ging das Parlament von Neu-Delhi soweit, durch ein Dekret die Annexion der erwähnten Gebiete zu billigen.

Wir können den Schluss ziehen, dass die Indische Union, obwohl ihr die mächtigen Mittel ihres Einflusses zur Verfügung standen, weder auf dem Gebiet der Tatsachen, noch auf dem der vorgebrachten Gründe, noch auf dem Gebiete des Rechts und in den Gerichtssälen, noch vor den höchsten politischen Instanzen, wie wir in Bälde sehen werden, Portugal besiegen konnte. Unser Recht stellte sich ihren ehrgeizigen Wünschen entgegen, und es war so einfach, so klar, so unschuldig, dass alle sich gezwungen sahen, es anzuerkennen, und viele die Vorteile für die Bevölkerungen erkannten, die unter sich und im Schosse der portugiesischen Nation friedlich zusammenlebten. Es war zu viel.

Auf allen Gebieten geschlagen, blieb der Indischen Union, da sie sich nun einmal von ihrer Zwangsvorstellung nicht befreien konnte, kein anderer Ausweg als die Anwendung der Gewalt, und unsere einzige Möglichkeit, dies abzuwenden, war, sie dazu zu zwingen, unter völliger Missachtung ihres Pazifismus und zum Skandal der Welt eine militärische Operation grossen Ausmasses aufzuziehen. Lange Zeit dachte man in der Indischen Union, dass die Vortäuschung einer Volkserhebung in Goa den Vorwand zu einer einfachen Polizeiaktion geben könnte, welche der Premierminister noch dazu als billigen

Dienst am Frieden hinstellen würde. Dies bedeutete, die lokalen Bedingungen zu verkennen: Auf der einen Seite luden die Moral der Bevölkerung, das völlige Fehlen rassischer oder religiöser Konflikte, der wenn auch bescheidene, so doch weit über dem der Indischen Union liegende Lebensstandard, die Freiheit, die sie in ihrem kleinen Land, wie sie es nannte, genoss, und schliesslich die jahrhundertealte Vereinigung mit Portugal nicht zu dem Abenteuer ein, sich mit Interessen, mit Tradition, mit dem Adel der Geschichte in das Durcheinander der Kämpfe und des Elends der Indischen Nation zu stürzen; auf der anderen Seite brachte die Wachsamkeit der Behörden alle Pläne zum Scheitern. Eine solche Methode erwies sich als undurchführbar, obwohl sie erst im letzten Augenblick fallen gelassen wurde.

## II

Nachdem die Frage durch die kriegerischen Drohungen des Premierministers der Indischen Union und den Beginn der Mobilmachung seiner Streitkräfte erschwert worden war, war der Rückgriff auf die politischen Elemente angezeigt, über die wir in unserer Sache verfügen zu können glaubten. Daher die Schritte bei den Regierungen Englands, der Vereinigten Staaten und Brasiliens.

\*

\*

\*

Wir haben mit England alte Bündnisse, die von den beiden Regierungen als völlig in Kraft stehend betrachtet werden. Es lohnt nicht der Mühe, sie anzuführen, denn das für meinen Zweck Wesentliche befindet sich in der Erklärung vom 14. Oktober 1899, die gewöhnlich als Windsor-Vertrag bezeichnet wird. In dieser Erklärung wurde ausdrücklich die Gültigkeit des Artikels 1 des Vertrages vom Jahre 1642 und des letzten



Artikels des Vertrages vom Jahre 1661 ratifiziert: Der erstere bezieht sich allgemein auf das Bündnis zwischen den beiden Nationen; der zweite enthält die Verpflichtung der britischen Regierung, die überseeischen Gebiete Portugals — in der Sprache jener Zeit: alle der Krone von Portugal gehörenden Eroberungen und Kolonien — gegen seine derzeitigen und zukünftigen Feinde zu verteidigen.

Die beiden Regierungen waren der Auffassung, dass das luso-britische Bündnis nicht automatisch ist, sondern bei seinem Funktionieren von dem *casus foederis*, das heisst von dem Bild abhängt, das ein jeder der Staaten sich von der Kriegslage und den Möglichkeiten eines Eingreifens macht. Dies hinsichtlich des eigentlichen Bündnisses, denn was die Verpflichtung der britischen Regierung betrifft, die überseeischen Gebiete Portugals zu verteidigen, so waren wir niemals der Auffassung, noch kann jemand rechtmässig der Auffassung sein, dass sie angesichts ihrer so präzisen und absoluten Formulierung im Vertrage vom Jahre 1661 vom *casus foederis* abhängig sein könnte. Das bedeutet, dass die Verpflichtung, unsere Übersee auf die den Umständen angepasste Art und Weise zu verteidigen, nicht umgangen werden darf.

Die britische Auslegung scheint jedoch zufolge der am 19. Mai 1958 vom Staatssekretär des Äusseren im Unterhaus abgegebenen Erklärung von dieser Linie abweichen zu wollen; dieser bezog sich auf die Anwendungsform der Verträge auf Gebiete und auf besondere Umstände ohne die Unterscheidung, die ich oben machte. Es ist der Schule der überaus vorsichtigen britischen Diplomatie, die ich in diesem Punkt so sehr bewundere, eigentümlich, selbst unter den schwersten Umständen sich darum zu bemühen, konkrete Kompromisse gegen vage Versprechungen einzuhandeln; und angesichts dieser Tendenz schien es uns, dass eine einfache, nicht zwischen den Regierungen abgemachte parlamentarische Erklärung nicht den Wert der authentischen Auslegung eines Vertrages haben kann-

te, der überdies einen ausdrücklichen Hinweis auf die Vorteile enthält, die Portugal zum Ausgleich für die von England eingegangenen Verpflichtungen eingeräumt hatte. Unsere Auslegung musste also wohl die bessere sein.

In mehr als dreissig Jahren meiner Regierungstätigkeit habe ich nie die Bündnisverträge angerufen, weil ich der Auffassung war, dass eine nie dementierte Treue aus Texten, auf die man sich berufen oder über die man diskutieren könnte, tiefe Gefühle und dauerhafte Haltungen in der Politik der beiden Nationen gemacht hätte. England jedoch berief sich ausdrücklich auf das Bündnis, z. B. im Jahre 1943, für die Gewährung von Vergünstigungen auf den Azoren, trotz unserer zu Beginn des Krieges abgegebenen Neutralitätserklärung. Das im Jahre 1946 in London veröffentlichte Weissbuch über die Azoren unterdrückte den Hinweis auf die Noten vom 16. und 23. Juni und vom 14. September und 4. Oktober jenes Jahres, gerade diejenigen, welche sich auf die Garantien beziehen, die von der britischen Regierung hinsichtlich der Aufrechterhaltung der portugiesischen Oberhoheit in Bezug auf Übersee gegeben worden waren. Wahr ist, dass dieselbe äusserst vorsichtige Diplomatie, obwohl sie die abgegebene Garantie nicht zeitlich begrenzte, sie doch indirekt auf die Bedrohungen oder Gefahren beschränkte, die aus unseren damaligen Zugeständnissen erwachsen konnten. Angesichts der bedrängten Lage, in der sich England befand, erschien es uns nicht anständig, die Frage aufzuwerfen und mit unnützen Diskussionen Zeit zu verlieren, weshalb ich mich darauf beschränkte, den Fall in einer der erwähnten Noten nebenher zu erwähnen. Sicher ist, dass, welches auch immer die damals gemachten umstandsbedingten Einschränkungen der Versprechen gewesen sein mochten, die allgemeine Garantie, oder besser, die britischen Verpflichtungen weiterhin unbestritten die der Verträge der Jahre 1661 und 1899 waren, und deshalb nahmen wir darauf Bezug, als wir beschlossen, uns an England zu wenden.



Mein persönlicher Widerwille, um fremde Dienstleistungen zu ersuchen, selbst wenn sie uns vertraglich zustehen, musste angesichts der Schwere des Falles zurücktreten. Was Portugiesisch-Indien für die portugiesische Nation bedeutete — und immer noch bedeutet —, kann nicht an der Kleinheit des Gebietes gemessen werden, sondern an der Grösse der Geschichte, mit der es verbunden ist, und an der Erhabenheit der Mission, welche die Portugiesen dorthin führte. Ausgehend von unserer Auslegung des Vertrages vom Jahre 1899 und nicht in Unkenntnis über eine im übrigen unzeitige und einseitige Reaktion der britischen Regierung im Jahre 1954, die vor kurzem im Oberhaus von dem Staatssekretär ins Gedächtnis zurückgerufen wurde, ersuchte die Regierung am 11. Dezember um die Angabe der Mittel und Wege, mit denen jene Regierung mit den portugiesischen Streitkräften zur Vereitelung der indischen Aggression zusammenarbeiten könnte. Die Regierung Ihrer Majestät antwortete uns unverzüglich und im Wesentlichen das folgende: Angesichts der Möglichkeit eines Angriffs auf Goa gäbe es unvermeidliche Beschränkungen bezüglich des Beistands, den die britische Regierung der portugiesischen Regierung im Kampfe mit einem anderen Mitglied des Commonwealth zu leisten vermöchte. Die beschönigende Bezugnahme auf die «unvermeidlichen Beschränkungen» musste im vorliegenden Fall dahin ausgelegt werden, dass die britische Regierung sich der Erfüllung der Verträge entzog.

Ich gehöre zu denen, die davon überzeugt sind, dass die britische Regierung in diesem dringenden Fall viel mehr Bemühungen aufgewandt und viel eindringlichere Schritte zur Verhinderung der indischen Aggression unternommen hat als die durch die Presse bekanntgewordenen oder die uns direkt mitgeteilten. Und der Beweggrund ist einfach. Obwohl Goa für das britische Vermögen, diese Probleme zu verstehen, nie das sein konnte, was es für uns ist, — ein Teil der portugiesischen Nation — so ist es doch für das Ehrgefühl und Prestige einer

Grossmacht äusserst unangenehm, sich der Erfüllung gewisser Verpflichtungen zu entziehen, die ihr gebührendes Gegengewicht in von Portugal gewährten Vorteilen hatten. Es muss auch als für die individuelle Erziehung und Moral der Briten unerträglich angesehen werden, dass England sich über das Commonwealth, wenn auch nur in geringem Ausmasse, mit Gebietsteilen vergrössert sieht, die seinem ältesten Bundesgenossen geraubt worden sind.

Aber wenn die jetzt berufenen unvermeidlichen Beschränkungen die britische Unmöglichkeit bedeuten, hinsichtlich der bewaffneten Angriffe der Mitglieder des Commonwealth auf portugiesische Gebiete wirksam zu handeln, muss ein anderer Aspekt ins Auge gefasst werden. In Anbetracht der Ausdehnung des Commonwealth und der Angriffslust und expansionistischen Pläne seiner neuen Mitglieder muss die portugiesische Regierung nämlich untersuchen, welcher positive Gehalt noch vom zweiten Teil der Windsor-Erklärung vom Jahre 1899 übrigbleibt, um angesichts der Schlussfolgerungen ihre zukünftige Haltung bezüglich der zwischen den beiden Ländern obwaltenden Verpflichtungen festzulegen. Die Pragmatik der britischen Politik ist bewundernswert; nur kann sie nicht immer das Ärgernis schmerzlicher Widersprüche vermeiden.

Wir haben die britische Regierung auch um die Ermächtigung ersucht, einige zu Verbindungen mit Goa nötige Flughäfen zu benutzen. Ich muss es bedauern, dass die britische Regierung acht Tage brauchte, um uns die Unmöglichkeit der Benutzung bekannt zu geben, denn wenn dieser Verzug nicht aufgetreten wäre, hätten wir sicherlich alternative Flugrouten erlangt und rechtzeitig Verstärkungen an Material und Menschen herangebracht, welche uns zu einer längerdauernden Verteidigung des Territoriums notwendig erschienen.



Gehen wir nun zu den Vereinigten Staaten über!

Die Vereinigten Staaten wurden im Gefolge zweier siegreicher Weltkriege, sowie auch durch ihre wirtschaftliche und finanzielle Macht, ihre gebietliche Ausdehnung und Bevölkerung auf das höchste Niveau unter den Völkern erhoben und für den obersten Ausdruck und Führer dessen gehalten, was wir als die freie Welt ansehen. Ob sie nun absichtlich, vorsätzlich zu dieser Stellung aufzusteigen versucht haben, oder ob sie lediglich durch die Gesamtheit historischer Umstände zu ihr hinaufgehoben wurden, ist gleichgültig. Was uns alle angeht, ist zu wissen, ob sie, diesen Platz einnehmend, auch gewillt sind, die entsprechende Funktion auszuüben.

Aus diesen Gründen und wegen der besonderen Beziehungen, die sich gerade zur Verteidigung der Grundprinzipien des Lebens der zivilisierten Völker unter uns herausgebildet haben, glaubte die Regierung, dass es als unangebrachter Stolz ausgelegt würde, die Vereinigten Staaten nicht um ihr Eingreifen zu ersuchen. Es gab noch einen weitem Grund.

Ich kann nicht umhin zu offenbaren, dass die Vereinigten Staaten am 7. August 1961 die portugiesische Regierung folgendes wissen liessen: «Die von den Vereinigten Staaten dem Selbstbestimmungsbegriff geleistete Unterstützung begreift in keiner Weise die amerikanische Unterstützung irgendwelcher interventionistischer oder expansionistischer Bestrebungen oder räuberischen Angriffe auf überseeische Gebiete Portugals seitens anderer Nationen mit ein. Im Gegenteil, die Vereinigten Staaten würden sich zweifellos auf der politischen, der diplomatischen Ebene und in den Vereinten Nationen jeglichen Versuchen benachbarter Staaten widersetzen, überseeische Gebiete Portugals zu annektieren.» Obwohl am 9. Dezember der portugiesischen Regierung eine Erläuterung zu jener ersten Haltung

mitgeteilt worden ist, von der man nicht genau weiss, inwieweit sie sie entkräftet, erachteten wir es als sehr ernst für die zwischen den beiden Staaten bestehenden Beziehungen und Abmachungen, dass die erste Erklärung nicht der Ausdruck einer wohlgegründeten, unbedingten Politik gewesen war, die sich im übrigen aus der gemeinsamen Zustimmung zu einem Rechtsbegriff ergab, der sich jederzeit den Gewalttätigkeiten im internationalen Leben entgegenstellte. Und so wandten wir uns an die nordamerikanische Regierung.

Diese unternahm in der Tat die mannigfachsten Schritte in Washington und in Neu-Delhi mit dem Ziele, die Indische Union davon abzubringen, Goa anzugreifen. Präsident Kennedy hat wohl selbst dem Premierminister der Indischen Union geschrieben, und der letzte abratende Appell des Botschafters der Vereinigten Staaten in Neu-Delhi erfolgte nur zwei Stunden vor dem Befehl zum Angriff.

Wir dürfen nicht an dem Gewicht dieser Schritte und der von England, noch an dem politischen und ideologischen Interesse zweifeln, das die beiden Nationen daran hatten, dass Portugiesisch-Indien nicht überfallen würde, um der Indischen Union durch einen kriegerischen Akt einverleibt zu werden. Nicht nur fürchteten beide, dass die pazifistische Legende der Indischen Union sich völlig ins Nichts auflösen, sondern auch, dass es sich erweisen könnte, wie schwach und unwirksam das Gebäude ist, das sie so liebevoll zur Bewahrung des Friedens aufgebaut und unterhalten haben. Dann müssen wir aber folgendes einsehen: Es gibt heute in Indien ein kleines Land, das mit Gewalt seiner Territorien beraubt wurde, und vor den Toren Goas zwei ebenfalls besiegte Grossmächte — England und die Vereinigten Staaten, und das kündigt der Welt eine schreckenerregende Katastrophe an. Die Niederlage der Kleinen ist traurig und trostlos; unvergleichlich schwerwiegender ist jedoch die Ohnmacht der Grossen, das Recht zu verteidigen.



\*

\*

\*

Wenden wir uns nun unserem Brasilien zu!

Der Freundschafts- und Konsultationsvertrag, der die Grundlagen zur luso-brasilianischen Gemeinschaft legte, beschränkte sich darauf, eine bereits bestehende Wirklichkeit auf das juristische Feld zu übertragen; aber erst nachdem er formuliert worden war, konnte er wirksam sowohl die Politik der beiden Länder untereinander, als hauptsächlich die der Gemeinschaft in Beziehung zur Welt orientieren. Seine zugleich weiten und vagen Grundzüge können den Unterbau zu einem internationalen Gebäude von grösster Reichweite werden oder sich darauf beschränken, schüchtern lediglich sentimentale Botschaften zu inspirieren. Davon ausgehend obliegt es den Staatsmännern der beiden Ufer des Atlantik, zum Wohl der beiden Vaterländer die Gemeinschaft tatsächlich so aufzubauen, wie die Geschichte sie geschmiedet hat und Portugiesen und Brasilianer sie forterhalten wollen, und in dieser Richtung werden wir unsere besten Bemühungen einsetzen.

Der Antikolonialismus ist eine Konstante der brasilianischen Politik; aber eine andere Konstante ist auch die Nicht-Anerkennung der durch Gewalt erzielten Gebietsannexionen. Die erste brauchte uns nur insoweit zu beschäftigen, als die Unkenntnis der Wirklichkeit der portugiesischen Übersee in etwa das Verständnis für das Phänomen zu trüben vermöchte, welches dort festzustellen ist; die zweite würde bei der beabsichtigten Unterwerfung Goas durch die Indische Union stets zu unseren Gunsten sprechen. Trotz gewisser Fluktuationen, die dieses Jahr von Seiten Brasiliens bei seiner Gleichrichtung mit den afro-asiatischen Ländern zu verzeichnen waren, hatte die Haltung der für die brasilianische Politik verantwortlichen Männer bezüglich Indiens keinerlei Veränderung zu erleiden und bestand stets in der Verurteilung jedweder Aggression und

folglich in der Nicht-Anerkennung seitens Brasiliens der Annexion, die sich daraus ergeben könnte. Goa war im brasilianischen Denken immer ein Sonderfall.

Es gab also keinerlei Schwierigkeit oder Widerstand zu überwinden, damit Brasilien öffentlich und zu wiederholten Malen das offizielle Denken bezüglich der bevorstehenden oder vor sich gehenden Angriffe auf Portugiesisch-Indien kundtat. Und wir sind überzeugt, dass die eingennommene Haltung nur das allgemeine Empfinden der brasilianischen Nation zum Ausdruck brachte. Die Tatsache, dass Brasilien mit der Wahrung der portugiesischen Interessen in der Indischen Union beauftragt gewesen war, verlieh ihm noch eine Sonderstellung zur Verteidigung des Volkes von Goa gegen die Einverleibung, die vorbereitet wurde.

Die Intervention Brasiliens war wie die anderen bereits angeführten ebenfalls wirkungslos, und ebenso waren es die in Neu-Delhi von Spanien, Kanada, Australien, Deutschland, Argentinien, Belgien, Holland unternommenen Schritte — um die zu nennen, von denen wir direkte Kenntnis haben.

\*  
\*       \*  
\*

Ausser den drei erwähnten Ländern, deren politische Betätigung besonders begründet war, suchte die portugiesische Staatskanzlei die befreundeten Nationen in allen Kontinenten wachzurufen, mehr als moralische Mobilisierung denn als Tat, von der entscheidende Wirkungen erwartet werden könnten. An einigen Türen brauchte nicht einmal angeklopft zu werden, da Gemeinsamkeit der Grundsätze und Gleichheit der Interessen ohne Zögern den Weg wiesen. Es ist nur gerecht, Spanien an erster, an allererster Stelle, für sich allein und neben den ihm befreundeten südamerikanischen Ländern als unserer Dankbarkeit würdig zu erwähnen. Es hat wie wir das Drama



Goa miterlebt, und mit Recht, denn wenn es ein portugiesisches Gebiet gibt, das unter dem gemeinsamen Einfluss der zwei Staaten der Iberischen Halbinsel zur Ausbildung gekommen ist, so ist es Goa, das ebensoviel dem Genie Afonso de Albuquerque, wie der Glaubensunterweisung des Heiligen Franz Xavier verdankt. In einem Europa, das auseinanderzubrechen droht, weil es das Vertrauen an sich selber verloren hat, konnte Spanien überdies im Feuer einer schmerzlichen Erfahrung seinen Glauben an die Grundsätze der Zivilisation neu beleben, die es über die Welt verbreitete, und es ist ein Volk, in dem das Grosse und Heldische noch einen Platz im Leben und einen moralischen Sinn hat. Spanien versteht den Zustand der portugiesischen Seele sehr wohl und in seinem ganzen Umfange.

\*  
\*       \*  
\*

Die Hilfsmittel der zwecks Aufhaltung der indischen Aggression individuell in Betracht gezogenen Nationen waren erschöpft. Nur das Eingreifen der Vereinte Nationen genannten Weltorganisation konnte noch vermittels des Ersuchens um eine dringende Einberufung des Weltsicherheitsrates versucht werden. Das Studium des Problems und die Erfahrung, die wir über das Funktionieren des Systems gesammelt haben, hinterliessen in unserem Geiste keine Zweifel hinsichtlich der Nutzlosigkeit des Appells. Aber einerseits wäre unsere Anwesenheit in der Organisation schlecht zu verstehen, wenn wir nicht gewillt wären, sie anzurufen; andererseits wäre die Art ihres Vorgehens ein weiterer schlagender Beweis dafür, dass sie unter den Bedingungen, unter denen sie funktioniert, schon mehr als nutzlos, weil schädlich zu sein beginnt.

Der Fall wurde dem Sicherheitsrat am ersten Tage des Einfalls in Goa und kurze Zeit nach dessen Beginn vorgelegt;

es handelte sich um eine nicht provozierte Aggression und um ein noch nicht vom Feinde besetztes Territorium — ein aussergewöhnlich einfacher Fall für die Anwendung der Prinzipien der Charta. Gegen den durch die siebenstimmige Mehrheit gebilligten Antrag, der befahl, die Feindseligkeiten einzustellen, die den Einfall ausführenden Streitkräfte zu den Ausgangslinien zurückzuziehen und Verhandlungen zur Lösung des Konfliktes einzuleiten, wurde jedoch von Russland das Veto eingelegt, und er war daher wirkungslos. Wenn die natürlicherweise übereinstimmenden Haltungen des Präsidenten der Sowjetrepublik, der Neu-Delhi zum Einfall in Goa aufgestachelt hatte, und des russischen Vertreters im Weltsicherheitsrat, der gegen den angenommenen Antrag das Veto einlegte, die Indische Union abermals in die Arme der Sowjets trieben, liessen sie aber auch die Lähmung der sogenannten Kollektivverteidigung gegenüber Russland oder einer von Russland protegierten Macht im klarem Lichte erscheinen.

Obwohl er vorauszusehen war, rief der Fall in der Welt Beunruhigung hervor. Die Erklärung des Delegierten der Indischen Union, dass sein Land mit oder ohne Charta, mit oder ohne Sicherheitsrat, mit oder ohne Recht auf seinem Weg weiterschreiten würde, stellte für die Ziele und die juristische Struktur der Institution eine derartige Herausforderung dar, dass es besser wäre, sie gleich an Ort und Stelle für tot zu erklären. Die Vereinigten Staaten waren der Meinung, dass das Vorgefallene in der Tat das nahe Ende der Organisation ankündigte; doch in einem Versuch, sie zu festigen, vereinigten sie sich am nächsten Tag mit allen anderen in einer Abstimmung gegen Portugal, und zwei Tage später beeilten sie sich, der Indischen Union ihre finanzielle Unterstützung zu bestätigen. Das mag richtig sein, aber uns ist es schwer verständlich, und vor allem passt es nicht zu unserer moralischen Sensibilität.

Es ist angebracht zu fragen, was wir dort zu suchen haben oder was dort diejenigen zu suchen haben, die, wenn sie keine



Grossmächte sind, nicht über die Gunst Russlands verfügen oder wegen ihrer Solidarität mit dem Westen die offene Feindseligkeit des anti-westlichen Blocks auf sich ziehen. Es mag auch gefragt werden, wie wir dort gelandet sind.

Die Politik der Regierung war eigentlich, in Nachahmung der so überaus vernünftigen Schweiz, die, nicht um Aufnahme in die Vereinten Nationen anzusuchen. Später taten wir es auf die Bitte Englands und der Vereinigten Staaten hin mit dem Argument der Notwendigkeit, die westliche Position für irgendeinen Notfalle zu stärken. Jahrelang wurde von Russland das Veto gegen uns eingelegt, und später traten wir «nach langem Kuhhandel» in die Organisation ein. Da sich eine Verlagerung von Befugnissen vom Rat auf die Vollversammlung vollzog, und da ersterer von Russland, die zweite von den kommunistischen und afro-asiatischen Ländern beherrscht ist, haben die Westmächte, zu denen ich auch Südamerika zähle, jedwede Möglichkeit verloren, mit ihrer grösseren Erfahrung die Angelegenheiten der internationalen Gemeinschaft zu führen, gewisse unüberlegte Aufwallungen zu mässigen, zu verhindern, dass die Regierung der Welt in die Hände einer unerträglichen Diktatur rassenbedingter Leidenschaften und der Verantwortungslosigkeit falle.

So glauben wir, ein Recht zu haben auf ein Wort darüber, ob unsere Anwesenheit oder unsere Mitarbeit bereits nutzlos sind. Selbst wenn dieses Wort nicht ausgesprochen wird, so weiss ich noch nicht, ob wir das erste Land sein werden, das aus den Vereinten Nationen austritt, aber sicherlich werden wir unter den ersten sein. Und unterdessen werden wir ihnen unsere Mitarbeit bei dem verweigern, was nicht in unserem direkten Interesse liegt.

### III

Die Militärpolitik der Regierung hinsichtlich des Problems Goa wurde stets im Lichte folgender Elemente gesehen: Angesichts der Entfernung und der erdrückenden Überlegenheit der Indischen Union keinerlei Hoffnung, Goa ohne alliierte Hilfe vor der eventuellen feindlichen Invasion zu retten; Notwendigkeit, genügend Streitkräfte zu unterhalten, um die sogenannte Polizeiaktion zu vermeiden und womöglich die Indische Union von dem Angriff abzubringen; in letzter Instanz jene heilige Scholle unter Aufopferung von Gut und Leben zu verteidigen, wie es die portugiesische Tradition in Indien verlangte.

Wir unterhielten diesen Kraftaufwand bald mit grösserer, bald mit kleinerer Truppenstärke, je nach den Zeitläuften und der Schwere der Drohungen, doch immer auf einem Niveau, das hoch genug war, um den Zweck zu erreichen, die Indische Union entweder dazu zu bringen, auf die Einverleibung Goas zu verzichten oder eine aufsehenerregende kriegerische Operation durchzuführen, welche ihrem moralischen Kredit grossen Schaden zufügen und ihrem Heer weder Ehre noch Ruhm einbringen würde. Unsere Truppen sollten auch noch die nötige Zeit gewinnen, damit Portugal bei den Vereinten Nation gegen die indische Aggression Klage erheben konnte.

Eine Handvoll Soldaten — 3.500 Offiziere, Unteroffiziere und gemeine Soldaten des Mutterlandes und 900 Indoportugiesen — zwangen die Indische Union zur Mobilisierung eines Heeres von 30 bis 40.000 Mann, unterstützt von zahlreichen Abteilungen schwerer Artillerie und Panzerwagen und der Mithilfe eines Flottengeschwaders und mehrerer Bomben- und Jagdgeschwader während des Angriffs. Trotz einer Überlegenheit an Menschen von mindestens 10 zu 1 und einer noch höheren an Material dauerte die Besetzung von etwa 3.500 Quadratkilometern, die sich auf vier Gebiete verteilen und im Bezirk Goa nur 20 bis 50 Kilometer tief sind, mehrere Tage.



Für mich war die grösste Sorge die, dass das Missverhältnis der Streitkräfte und die Heftigkeit und der Plan des Angriffs der Art wären, dass die Unseren angesichts der Schmalheit des Terrains sich nicht gut schlagen und jene portugiesische Erde nicht in einer ihrer Tapferkeit und ihrem Opfergeist angemessenen Form verteidigen könnten.

In der letzten, dem General-Gouverneur übersandten Botschaft, die ich mit weiss Gott welcher Bitternis in der Seele niederschrieb, sagte ich, dass wir uns der Bescheidenheit unserer Streitkräfte völlig bewusst seien, aber da die Indische Union ihre Streitkräfte mit einem beliebigen Faktor multiplizieren könnte, müsste sich am Ende stets ein grosses Missverhältnis herausstellen. Angesichts der Unmöglichkeit, von sich allein aus eine vollauf wirksame Verteidigung sicherzustellen, war die Politik der Regierung stets die gewesen, in Goa Streitkräfte zu unterhalten, welche die Indische Union zwängen, wie in jenem Augenblick zu ersehen war, eine Militäroperation im Grossen aufzuziehen, welche die Welt empören würde, und ihrem Wunsch nach einfachen Polizeioperationen den Erfolg zu versagen. Die Tatsachen zeigten, dass die erste Aufgabe erfüllt war. Die zweite Aufgabe bestand darin, sich nicht gegen terroristische Agenten zu verzetteln, die sich als Befreier aufspielten, sondern die Verteidigung in der Form zu organisieren, die der alten Tradition Indiens gemäss den Wert unserer Männer am besten zur Geltung brächte. Es war für mich schrecklich zu denken, dass dies das totale Opfer bedeuten könnte, aber ich empfahl und erhoffte dieses Opfer als den grössten Dienst, der der Zukunft der Nation geleistet werden könnte.

Der Gouverneur konnte noch antworten und im Namen der unter seinem Kommando stehenden Streitkräfte für das Vertrauen danken, das wir auf sie setzten, und das sie vermittels aller Opfer zu ehren wünschten.

Wir besitzen nicht genug Elemente, um uns ein Bild zu machen darüber, wie die Operationen zu Lande und zu Wasser

verlaufen, wie der Widerstand geleistet, wie die Verteidigung durchgeführt worden sind. Zu gegebener Zeit wird dem Lande Bericht über diese Operationen gegeben werden, und man wird all jenen die gebührende Gerechtigkeit widerfahren lassen, welche die Ehre hatten, dazu berufen worden zu sein, sich für Goa zu schlagen oder für Goa zu sterben.

#### IV

Angesichts der kriegerischen Vorbereitungen der Indischen Union und danach angesichts ihres Angriffs auf Portugiesisch-Indien war eine sehr heftige Reaktion der öffentlichen Meinung der Welt zu verzeichnen. Wir müssen dabei die offiziellen Meldungen und die Presse einiger kommunistischer und afroasiatischer Länder ausnehmen, welche dem Angreifer ihren Beifall und ihre Solidarität bekundeten; in den Ländern Westeuropas und der beiden Amerikas, ja selbst in einigen Ländern Afrikas und des Orients wurde lebhafteste Entrüstung geäußert und tiefe Beunruhigung empfunden. Die Informationsorgane aller ideologischen Lager mit oder ohne Vertretung in der Regierung der entsprechenden Länder haben diese Angelegenheit abseits derselben oder in Opposition zu denselben behandelt als freie Exponenten einer erschrockenen öffentlichen Meinung. Warum? Deshalb, weil Goa ein typischer Fall ist, der sich ohne Komplikationen oder Auslegungsschwierigkeiten darbot. Es handelte sich in der Tat um ein kleines Gebiet, das viereinhalb Jahrhunderte hindurch politisch der portugiesischen Oberhoheit angegliedert war, welche von der internationalen Gemeinschaft und sogar von dem Aggressor anerkannt war. Dieses Gebiet wurde von allen als im Schutze einer für Portugal günstigen Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag stehend angesehen, dessen Zuständigkeit von den beiden interessierten Staaten angenommen worden war; es besass die Garantien von Bündnissen und klar festgelegten Ver-



pflichtungen; man musste annehmen, dass es von den kollektiven Schutzvorrichtungen durch die Vereinten Nationen geschützt sei. Und vor diesem politisch und rechtlich kristallklaren Fall, der nie ein Problem war, noch es sein würde, stellte die Welt fest, dass, obwohl alles versucht worden war, alles fehlgeschlagen war, um die Aggression zu verhindern und die Eroberung zu vermeiden. Entweder wird diese Situation saniert, oder Goa stellt eine neue Seite im Leben der Völker unserer Zeit dar.

Und so entstand ein Problem generellen Charakters.

Es gibt in der Welt drei oder vier — allerhöchstens ein halbes Dutzend — Nationen, welche nicht befürchten oder nicht zu befürchten brauchen, von anderen angegriffen zu werden. Alle die anderen jedoch leben von der einstimmigen Übereinkunft, dass ihre Unabhängigkeit und Integrität respektiert werden oder sie ein Spielball der ehrgeizigeren und stärkeren Nationen sind. Dieser Schwierigkeit und Gefahr entgeht man nur durch die klassische Form von Bündnissen, welche Systeme ausgeglichener Kräfte aufbauen, oder durch eine Organisation, welche die Gesamtheit der friedliebenden Nationen zu umfassen sucht. Im ersten Fall ist jedoch die Erfüllung der Verträge wesentlich und im zweiten die Treue den Pakten gegenüber; aber die moralische Krise, mit der wir uns herumschlagen, sichert weder die eine, noch die andere.

Da die Vereinten Nationen bestenfalls dem Geiste der Menschen und Gesellschaften um Jahrhunderte voraus sind und sich ausserdem von einer wildlärmenden Menge Staaten überlaufen liessen, die keinen friedfertigen Geist besitzen, ist es nicht nur nicht leicht gewesen, dort die Rechte der Nationen zu verteidigen, sondern innerhalb der Organisation bildeten sich Parteien und Zusammengehörigkeiten, die in Ersetzung der alten Bündnisse Gruppeninteressen durchsetzen, ohne sich um die allen zustehende Gerechtigkeit zu kümmern. Wenn man vergisst, dass man zur Bewahrung des Friedens bereit sein

muss, für ihn zu kämpfen; wenn man die Geschicke der internationalen Gemeinschaft Mehrheiten anvertraut, welche die Politik definieren, für die die anderen zu zahlen oder zu leiden haben; wenn systematisch nachgegeben oder zurückgewichen wird vor denjenigen, die, bar eigener Erfahrung und Verantwortlichkeit, es straflos wagen können, Kontinente zu revolutionieren, dann müssen wir uns allen Ernstes fragen, ob wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Was uns jetzt geschehen ist, rechtfertigt in der Tat die Beunruhigung der Gewissen und die Befürchtungen der gesünderen Gesellschaften. Der einfache Mann, der sich nicht zu den hohen Gedankenflügen der Philosophen und Politiker erheben kann, aber der sein Brot verdienen und seinem Heim den Frieden zu wahren wünscht, sieht das Problem mit der Schlichtheit des gesunden Menschenverstandes, und dieser sagt ihm, dass etwas nicht stimmt, wenn die Verbrecher zu Richtern gemacht werden und es noch obendrein wagen, die anständigen Leute zu verurteilen.

In diesem lebhaften Erwachen des Weltbewusstseins angesichts derer, die sich zur Verletzung des Friedens und der Oberhoheit anderer zusammengerottet haben, glauben wir einen Hoffnungsstrahl zu sehen in Gestalt einer rechtzeitigen Revision der Methoden zur Führung der internationalen Gemeinschaft. Rechtzeitig, wiederhole ich, denn es wird bereits ersichtlich, dass, wenn eine Gewalttat nicht wiedergutmacht wird, andere grössere Gewalttaten auftauchen. Und davon gehe ich aus zu kurzen Schlussüberlegungen.

## V

Da wir nun einmal die Gültigkeit der vollzogenen Tatsache nicht anerkennen, ist die Frage Goa nicht zu Ende; wir können in aller Wahrheit sagen, dass sie gerade jetzt erst richtig beginnt. Die Gründe, die uns daran hinderten, über die



Abtretung der Gebiete Portugiesisch-Indiens zu verhandeln, sind dieselben, die es uns absolut unmöglich machen, die Eroberung anzuerkennen. Die Indische Union kann gegen uns Krieg führen, aber ohne uns kann sie den Frieden nicht herstellen. Ebenso wie es kein Sich-Ergeben von Streitkräften noch Übergabe von Schiffen gab, kann es auch keinen Vertrag geben, der die Oberhoheit der Indischen Union über jene Gebiete anerkennt. Es muss abgewartet werden, dass die internationale Gemeinschaft die der portugiesischen Oberhoheit zugefügte Beleidigung wiedergutmacht und sie in ihre gesetzmässigen Rechte wieder einsetzt, bevor eine normale Situation wiederhergestellt werden kann. Aus diesem Grunde wird der Nationalversammlung ein Gesetzesvorschlag unterbreitet werden mit dem Zwecke, das Funktionieren der Regierungsorgane jener Provinz unter den derzeitigen Umständen sicherzustellen.

Die erste, sich hieraus ergebende Folgerung ist die, dass die parlamentarische Vertretung von Portugiesisch-Indien weiterhin bei denen verbleibt, die von dem Volk von Goa, Damão und Dio gewählt worden sind. Die Kammer wird in der gegenwärtigen Legislation keine Einwände dagegen haben, und in Zukunft werden sich Mittel und Wege finden, um den Goesen, die, ausserhalb der von der Union besetzten Gebiete lebend, dem portugiesischen Vaterland ergeben bleiben, ein Recht zur Wahl zu geben und es praktisch durchführbar zu machen. Da sie sich überall so portugiesisch wie die besten Portugiesen erwiesen und ungeheure Schwierigkeiten auf sich genommen haben, um treu zu bleiben, ist es nicht mehr als eine Pflicht unsrerseits, ihnen ein Recht zuzuerkennen, das ihnen zur Ehre gereicht und sie auch weiterhin in unsrer Mitte sein lässt.

Die zweite Folgerung ist die, dass den Goesen die portugiesische Staatsbürgerschaft auch weiterhin de jure und de facto zuerkannt werden muss, und zwar unabhängig davon, dass ihnen durch einseitige Aufnötigung seitens der Indischen Union eine doppelte Staatsangehörigkeit zufallen mag. Wir

können das Vorgehen der Indischen Union hinsichtlich dieser und zahlreicher anderer Fragen nicht voraussehen, welche aus der de facto-Besetzung der portugiesischen Territorien entstehen werden. Es ist sehr wohl möglich, dass in diesen ersten Zeiten von den Besatzungsbehörden eine Politik der Verlockung und Sympathieerschleichung betrieben wird. Die Schwierigkeiten werden für beide Seiten dann auftreten, wenn das Programm der Umwandlung Goas in ein indisches Land mit der Kultur der Goesen zusammenstossen und der Premierminister feststellen wird, dass dort im Laufe der Jahrhunderte durch die gegenseitige Durchdringung der Kulturen und die Rassenkreuzungen eine eigenständige Individualität geschaffen worden ist. Ich denke, dass die Gewaltmassnahmen in direktem Verhältnis zu den Schwierigkeiten stehen werden, und dass, falls die Reintegration Goas sich lange hinauszögern sollte, auf Beraubung und erzwungene Gleichheit in der Armut der Verlust der Freiheit folgen wird, welcher, was die Sprache, die Religion, die Kultur anbetrifft, die Goesen herabsetzen wird. Es ist daher zu erwarten, dass viele wünschen werden, sich den unvermeidlichen Folgen der Invasion zu entziehen, und alle werden in welchem Teil auch immer des nationalen Territoriums wohl aufgenommen werden.

Wir dürfen uns keine Illusionen machen über die Hindernisse und Schwierigkeiten aller Art, die sich der Ausführung unseres Programms bezüglich der Goesen entgegenstellen werden, die sich ausserhalb der portugiesischen Landesgebiete befinden. Die Beharrlichkeit, die Wut, mit der die Indische Union seit der Unabhängigkeit die Anlockung der Söhne Goas in ihrem Territorium betreibt, wird sicher doppelt so stark sein gegenüber denjenigen, die in ausländischen Gebieten leben, in denen unsere eigene Tätigkeit durch den Einfluss der Union wird gelähmt werden können. Aber unsere Pflicht ist es, wie bisher ohne Rücksichtnahme auf Opfer für die Goesen und Goa zu kämpfen.



Eine Frage möchte ich noch stellen: Ist es in Anbetracht der Tatsachen nicht erlaubt, an der Richtigkeit der Wege zu zweifeln, auf denen unsere Politik mit der Indischen Union hinsichtlich Goas betrieben wurde? Ich antworte mit einer anderen Frage: Welches Ergebnis hätten die anderen Lösungen gezeitigt, welche sich uns darboten? Verhandlung, Abtretung; Unabhängigkeit und den Verlust des kleinen Staats mit nachfolgender Einverleibung; die Bildung einer Föderation mit dem unabhängigen Staate Goa würde die Frage an den Anfang zurückbringen, da diese Formel als die Fortsetzung unseres Kolonialismus in Indien betrachtet wird. In einem jeden dieser Fälle unersetzlicher, hoffnungsloser Verlust. Und wir müssen fortfahren, zu hoffen.

Aus den Reaktionen in der ganzen portugiesischen Welt und all den Ländern, in denen Gruppen von Portugiesen vorhanden sind, können wir schliessen, dass deren Gefühle nicht geissnerische Verhandlungen verlangten, um den Raub zu verdecken, sondern die Behauptung unseres Rechts, die Bloßstellung der Aggression und den Kampf auf allen Gebieten, um es als solches anerkannt zu sehen. Das nationale Fühlen wurde von allen unseren Informationsmitteln so begeistert zum Ausdruck gebracht, dass es unzulässig wäre, es nicht anzuerkennen und auf unverzeihliche Weise an seiner Echtheit zu zweifeln. Die ganze Nation fühlt an Leib und Seele die Tragödie, die sie erlebt hat, und sie im Schosse der Nation mitzuerleben, ist noch ein, wenn auch nur kleiner Trost für denjenigen, der mit ihr sterben möchte.





EMPRESA TIPOGRÁFICA  
CASA PORTUGUESA  
RUA DAS GÁVEAS, 109  
L I S B O A







2000

VERLAG

**S·N·I**

LISSABON

NB



\*EFG0000513671\*

S.N.I

51